

FDP pur - aus M-V, für M-V!

Die Lebenswirklichkeit der Menschen muss die Politik bestimmen

Während die Menschen in unserem Land jeden Tag hart für ihren Lebensunterhalt arbeiten, sehen sie sich mit einer Politik konfrontiert, die ihre Realität kaum widerspiegelt. Wir als FDP M-V wollen das ändern! Unser Anspruch ist es, **Politik aus der Lebenswirklichkeit heraus** zu machen – Politik, die in den Dörfern, Städten und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns gedacht wird, nicht in den Berliner Hinterzimmern. Die Menschen in unserem Land erwarten von uns **Mut, Ehrlichkeit und Integrität** – genau das wollen wir liefern. Wir kämpfen dafür, dass unsere Anliegen und Herausforderungen in Berlin Gehör finden und in die Bundespolitik einfließen!

Die FDP steht wie keine andere Partei für die individuelle Freiheit. In Mecklenburg-Vorpommern und ganz Deutschland wollen wir das Recht auf ein freies, selbstbestimmtes Leben wieder in den Vordergrund rücken. Wir machen die **Freiheit** zum zentralen Leitmotiv der Politik: **die Freiheit, selbstbestimmt zu leben, zu arbeiten und die eigene Zukunft zu gestalten.**

1. Wirtschaftskraft für M-V: Leistung muss sich wieder lohnen 2.0

Steuern und Abgaben senken!

Wer arbeitet und sich anstrengt, muss am Ende auch mehr davon haben. Mehr Netto vom Brutto – das bleibt auch heute unser Anspruch. Leistungsträger dürfen nicht durch Steuern und Abgaben ausgebremst werden. Wir fordern eine echte Steuerreform und eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts. Ein einheitlicher Einkommensteuersatz für alle Einkommensstufen fördert Leistungsgerechtigkeit und schließt Steuerprivilegien für spezielle Interessengruppen aus. Alle steuerlichen Ausnahmeregelungen, Schlupflöcher und komplexen Sonderregelungen müssen abgeschafft werden, um die Steuergesetze für alle Bürger verständlich und nachvollziehbar zu machen. Steuern, die nicht mehr zeitgemäß sind, deren Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zum Steueraufkommen steht, die für ganz andere Zwecke eingeführt wurden oder von vornherein überflüssig waren, müssen abgeschafft werden. Hundesteuer, Schaumweinsteuer, Kinosteuer, Kaffeesteuer, Pferdsteuer, Bettensteuer, Tanzsteuer, Wegzugsteuer? Weg damit!

Bürgergeld reformieren!

Wir müssen dafür sorgen, dass Arbeit immer attraktiver bleibt als staatliche Transferleistungen – das Bürgergeld in seiner jetzigen Form setzt falsche Anreize. Es schafft eine Schieflage zwischen denen, die jeden Morgen früh aufstehen, und denen, die auf Dauer vom Sozialstaat leben. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, Leistungsverweigerung zu bezahlen. Unsere sozialen Sicherungssysteme richten sich an die Menschen, die Hilfe benötigen und nicht an solche, die sie ohne Not in Anspruch nehmen. Wir sind überzeugt: Transferleistungen dürfen immer nur eine Brücke sein, nie ein Dauerzustand.

Mittelstand stärken!

Die meisten Menschen im Land arbeiten nicht bei Großkonzernen, sondern in kleinen und mittleren Unternehmen. Sie sind die Pfeiler unserer regionalen Wirtschaft. Sie bilden Lehrlinge aus, schaffen Arbeitsplätze, sichern das soziale Gefüge und garantieren uns Dienstleistungen vor Ort, die sonst niemand erbringt. Für genau diese regionale Wirtschaft brauchen wir die besten Rahmenbedingungen: weg mit überflüssigen Regularien und komplizierten Verfahren! Unsere Botschaft ist klar: Wir brauchen Euch und wir tun alles, um Euch zu unterstützen!

Weg mit dem Papierkram!

Unternehmen, die wachsen oder sich neu ansiedeln wollen, dürfen nicht an bürokratischen Hürden scheitern. Deshalb fordern wir: Jede Genehmigung, die innerhalb von drei Monaten nicht bearbeitet wurde, muss automatisch als erteilt gelten. Dieses Prinzip der "Genehmigungsfiktion" wollen wir auf alle Bereiche der Verwaltung ausdehnen. Die Leistungsträger der Gesellschaft dürfen nicht länger durch einen lahmen Staat ausgebremst werden.

Nachfolge erleichtern!

Viele Unternehmen, Handwerker und Selbstständige stehen vor einer existenziellen Frage: Wie geht es weiter, wenn sich jetzige Generation zurückzieht? Mit attraktiven Finanzierungen und einer intensiven Unterstützung bei der Nachfolgeregelung wollen wir dafür sorgen, dass wertvolle Betriebe nicht verschwinden. Wir wollen Menschen, die Bereitschaft zur Eigenverantwortung zeigen, dabei

unterstützen, ihren eigenen Weg zu gehen. Unternehmer sind Arbeitgeber, Steuerzahler, Ausbilder und Förderer - sie sind die Grundpfeiler einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft.

Fachkräftemangel bekämpfen!

Jeder von uns kennt die Geschichten: Unternehmen suchen händeringend nach qualifizierten Fachkräften und Arbeitsplätze bleiben unbesetzt. Wenn Personal fehlt, müssen andere Beschäftigte die Mehrarbeit auffangen. Neben einer grundlegenden Reform des Bürgergeldes müssen wir es deshalb Fachkräften aus dem Ausland einfacher machen, hier zu arbeiten. Nur so bleiben wir wettbewerbsfähig. Das bedeutet nicht, dass alle Menschen, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen, auch eine Staatsbürgerschaft bekommen müssen.

Vernünftig wirtschaften!

Eines ist klar: Ohne gesunde Finanzen wird all das nichts. Eine wirtschaftliche Zukunft ohne solide Haushaltsführung ist eine Illusion. Wir dürfen uns nicht in die Schuldenfalle treiben lassen, denn was heute wie eine einfache Lösung erscheint, wird morgen die nächsten Generationen belasten. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist nicht verhandelbar. Jeder Cent, den wir ausgeben, muss einen klaren Nutzen haben. Er muss investiert werden, um Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern auf einen Wachstumskurs zu bringen.

2. Lebenswertes M-V: Massives Investitionsprogramm für die Infrastruktur

Vornweg statt abgehängt!

Unsere Bürgerinnen und Bürger bekommen täglich zu spüren, dass unser Land in vielen Bereichen abgehängt ist. Der Investitionsstau der Städte und Gemeinden ist sechsmal so hoch wie die in den vergangenen Jahren tatsächlich getätigten Investitionen. Nur mit einer rasanten Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und Entscheidungen, die sich an den Bedarfen vor Ort orientieren, kann der weitere Absturz aufgehalten werden. Dafür müssen moderne Finanzierungsinstrumente genutzt werden, die Investitionen der Privatwirtschaft ermöglichen. Durch eine verstärkte Orientierung in das Baltikum, nach Polen und nach Skandinavien müssen Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung aufgenommen werden.

Investitionen statt Kampf gegen das Auto!

In unserem Flächenland wird der Individualverkehr immer ein bestimmender Faktor für die Mobilität der Menschen bleiben. Mobilität ist Voraussetzung für Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb braucht es in der Verkehrsplanung eine gesicherte Weiterentwicklung der Straßeninfrastruktur im gesamten Land. Wir Freie Demokraten lehnen den Kulturkampf gegen das Auto entschieden ab. Der ländliche Raum lässt sich nicht flächendeckend über den ÖPNV erschließen.

Anschluss an das Bahnnetz sichern!

Auch wenn man sich fest vornimmt, mit der Bahn zu fahren, scheitert man dabei vielerorts kläglich. Es braucht den Ausbau des Bahnnetzes mit Fokus auf die Zukunft: Prioritär ist neben der angesprochenen Generalsanierung der Strecke Rostock-Hamburg ein zweites Gleis zwischen Rostock und Stralsund, um sowohl die Anbindung der touristisch geprägten Orte als auch den Güterverkehr nachhaltig zu verbessern. Land und Bund müssen auf eine gleichwertige Behandlung dieser Strecken im Vergleich zu anderen Neubauten drängen und so die Ost-West-Trasse nach Stettin sichern – ohne konkrete zeitliche Festlegung wird das Land weiter abgekoppelt.

Ländlichen Raum stärken!

Stadt und Land - beides prägt Mecklenburg-Vorpommern. Wir Freie Demokraten schätzen und schützen unterschiedliche Lebensmodelle. Doch Lebensqualität gibt es nur dort, wo auch frühkindliche und schulische Bildung sowie medizinische und pflegerische Versorgung gewährleistet sind. In M-V brechen in diesen Bereichen viele Strukturen weg. Dem stellen wir uns entgegen – mit strukturellen und finanziellen Anreizen für Landärzte, einer fairen Bezahlung von Pflegediensten und dem Erhalt der Grundschulstandorte im ländlichen Raum.

Günstige Energie, mehr Industrie!

M-V liefert die Energie, deshalb müssen die Menschen in M-V auch davon profitieren! Die Neuregelung der Netzentgelte ab 2025 ist nur ein erster Schritt. Wir wollen den Ausbau der Energieinfrastruktur vorantreiben – aber es kann nicht sein, dass Mecklenburg-Vorpommern nur das

Transitland für Energie in den Süden ist, wo Wirtschaft und Verbraucher dann von unseren Ressourcen profitieren. Unser Ziel ist es, dass die günstige Energie vor Ort genutzt wird, um hier Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Das gilt ebenso für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur: M-V darf kein weißer Fleck auf der Kernnetz-Landkarte bleiben!

3. Starker Rechtsstaat für M-V: In Sicherheit und Freiheit leben

Rechtsstaat stärken!

Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Leider fühlen sich auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern viele Menschen nicht mehr sicher, sei es durch die Zunahme von Gewaltverbrechen wie Messerangriffen, durch offen antisemitische Parolen auf den Straßen oder durch das Gefühl, dass der Staat an entscheidenden Stellen nicht mehr handlungsfähig ist. Diese wachsende Unsicherheit werden wir nicht hinnehmen – sie bedroht das, was den Alltag der Menschen ausmacht: Freiheit, Eigenverantwortung und ein friedliches Zusammenleben. Wir kämpfen deshalb für einen wehrhaften Rechtsstaat, der nicht nur auf dem Papier existiert, sondern in der Realität der Menschen greifbar ist.

Sicherheit gewährleisten!

Wir stehen für eine Wende in der Sicherheits- und Migrationspolitik. Unsere Polizei und Justiz sind die Säulen der inneren Sicherheit, doch sie werden durch fehlendes Personal und veraltete Ausrüstung geschwächt. Das müssen wir ändern! Wir setzen uns für eine besser ausgestattete Polizei ein, mit modernem Gerät wie Tasern, um sicher und schnell reagieren zu können. Die kommunalen Ordnungsdienste brauchen mehr Befugnisse, um direkt vor Ort für Sicherheit zu sorgen. Auch überlange Verfahrensdauern und fehlende Konsequenzen untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat. Handlungen müssen zeitnah Konsequenzen nach sich ziehen, damit die Menschen wissen, dass der Staat auf ihrer Seite steht und das Recht auch durchsetzt.

Migration ordnen, Recht durchsetzen!

Wir wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit Migration – einen, der den Rechtsstaat stärkt und nicht schwächt. Deshalb fordern wir, dass Gesetze konsequent durchgesetzt werden: Wer kein Bleiberecht hat, muss zügig abgeschoben werden. Wir brauchen mehr Plätze in der Abschiebehaft und einen längeren Abschiebebewahrsam. Gleichzeitig setzen wir uns für den besseren Schutz der polnischen Grenze ein, um illegale Migration und Schleuserkriminalität wirksam zu bekämpfen. Ordnung und Fairness – das ist der Weg, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen.

Liberaler Gesellschaft verteidigen!

Gleichberechtigung, Toleranz und Offenheit prägen unsere freiheitliche Gesellschaft. Doch wir sehen, dass viele der Menschen, die zu uns kommen, aus Gesellschaften stammen, deren Werte in zentralen Bereichen völlig konträr sind. Ein entmündigendes Frauenbild, eine ablehnende Haltung gegenüber Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung oder gar antisemitische Strömungen dürfen in Mecklenburg-Vorpommern keinen Platz haben. Wenn auf den Straßen derartige Rufe laut werden, muss der Staat durchgreifen. Wir Freie Demokraten stehen für eine Gesellschaft, in der individuelle Freiheit und Selbstbestimmung für alle Menschen gelten. Wer in Deutschland lebt, muss sich unseren liberalen Werten verschreiben. Toleranz darf niemals als Einladung zu Intoleranz verstanden werden.

Packen wir's an!

Unsere Kernanliegen für Mecklenburg-Vorpommern sind klar: eine starke **Wirtschaft**, die Leistung belohnt und von unnötiger Bürokratie entlastet wird, massive Investitionen in die **Infrastruktur**, um unser Land zukunftsfähig zu machen und ein wehrhafter **Rechtsstaat**, der Sicherheit und Freiheit gleichermaßen schützt.

Es ist an der Zeit, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert und darin endlich wieder handlungsfähig wird, anstatt immer neue Vorgaben und Gesetze zu erfinden. Wir brauchen wieder eine Politik, die auf die Menschen hört, ihre Freiheiten schützt und Eigenverantwortung fördert. **Dafür stehen nur wir, die FDP!**